
Joh. Friedrich Behrens
Aktiengesellschaft

SATZUNG

Mit den Beschlüssen
der Hauptversammlung 2015

Stand: 21. August 2015

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Die Firma der Gesellschaft lautet:

Joh. Friedrich Behrens Aktiengesellschaft.

§ 2

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Ahrensburg.

§ 3

- (1) Die Gesellschaft ist befugt, Unternehmen verschiedener Art im In- und Ausland zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen und diese zu verwalten einschließlich deren Veräußerung. Des Weiteren ist die Gesellschaft befugt, Immobilienvermögen zu erwerben, zu verwalten und zu veräußern.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.
- (3) Die Gesellschaft ist berechtigt, ihren Betrieb ganz oder teilweise anderen Gesellschaftern zu überlassen, die sie errichtet oder erworben hat oder an denen sie beteiligt ist oder die sie errichten oder erwerben wird oder an denen sie sich beteiligen wird.
- (4) Die Gesellschaft ist ferner befugt zur Herstellung und zum Vertrieb von Werkzeugmaschinen und Befestigungsmitteln aller Art, insbesondere von Nagelapparaten und funktionell ähnlichen Geräten, Heftklammern, Nägeln und Dübeln.

§ 4

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 5

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger.

II. Grundkapital

§ 6

- (1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Euro 7.168.000,--.
- (2) Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.800.000 Stückaktien ohne Nennwert. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile ist ausgeschlossen.
- (3) Die Aktien lauten auf den Inhaber.
- (4) Wird bei einer Kapitalerhöhung in dem Erhöhungsbeschluss keine andere Bestimmung getroffen, lauten die neuen Aktien ebenfalls auf den Inhaber.
- (5) Ein Kapitalerhöhungsbeschluss kann die Gewinnberechtigung neuer Aktien abweichend von § 60 Absatz 2 des Aktiengesetzes festsetzen.
- (6) Die Form der Aktienurkunde sowie der Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine setzt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates fest.
- (7) Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital der Gesellschaft bis

zum 19. August 2020 gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu Euro 3.584.000,00 durch Ausgabe von bis zu 1.400.000 neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats in den folgenden Fällen auszuschließen:

- zum Ausgleich von Spitzenbeträgen;
- wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises, die möglichst zeitnah zur Platzierung der Aktien erfolgen soll, nicht wesentlich unterschreitet und die ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung überschreiten. Für die Frage des Ausnutzens der 10 %-Grenze ist der Ausschluss des Bezugsrechts aufgrund anderer Ermächtigungen in unmittelbarer bzw. sinngemäßer Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG zu berücksichtigen;
- soweit dies erforderlich ist, um den Inhabern oder den Gläubigern der von der Gesellschaft oder deren nachgeordneten Konzernunternehmen ausgegebenen Options- oder Wandlungsrechten oder Wandlungspflichten ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte oder nach Erfüllung einer Wandlungspflicht als Aktionäre zustehen würde;

- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlage.

Der Vorstand ist ermächtigt, die übrigen Bedingungen der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung, den Inhalt der Aktienrechte sowie die Bedingungen der Aktienaussgabe nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzulegen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, den Wortlaut der Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung des genehmigten Kapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist entsprechend der tatsächlichen Erhöhung des Grundkapitals anzupassen.

- (8) Das Grundkapital ist um bis zu Euro 3.584.000,00 durch Ausgabe von bis zu 1.400.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber oder Gläubiger von Options- oder Wandlungsrechten oder die zur Wandlung Verpflichteten aus Options- oder Wandelanleihen, die von der Gesellschaft aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Hauptversammlungsbeschluss vom 20. August 2015 bis zum 19. August 2020 ausgegeben oder garantiert werden, von ihren Options- oder Wandlungsrechten Gebrauch machen oder, soweit sie zur Wandlung verpflichtet sind, ihre Verpflichtung zur Wandlung erfüllen, oder, soweit die Gesellschaft ein Wahlrecht ausübt, ganz oder teilweise anstelle der Zahlung des fälligen Geldbetrags Aktien der Gesellschaft zu gewähren, soweit nicht jeweils ein Barausgleich gewährt wird oder Aktien aus genehmigtem Kapital oder eigene Aktien zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach

Maßgabe des vorstehend bezeichneten Ermächtigungsbeschlusses jeweils zu bestimmenden Options- oder Wandlungspreis. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

§ 7
[Leer]

III. Verfassung der Gesellschaft

1. Vorstand

§ 8

- (1) Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und bestimmt ihre Zahl.
- (2) Der Vorstand kann aus einer Person bestehen.
- (3) Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen.
- (4) Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Vorstand. Der Geschäftsverteilungsplan des Vorstands bedarf seiner Zustimmung.

§ 9

- (1) Die Gesellschaft wird gesetzlich durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Sofern der Vorstand nur aus einer Person besteht, ist diese zur alleinigen Vertretung berechtigt.

Unabhängig von dieser gesetzlichen Vertretung kann die Gesellschaft auch durch Prokuristen oder Bevollmächtigte innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse vertreten werden.

- (2) Der Aufsichtsrat kann den Vorstand in Einzelfällen von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

§ 10
[Leer]

2. Aufsichtsrat

§ 11

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern.
- (2) Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgt für die längste zulässige Amtszeit. Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Scheidet ein von der Hauptversammlung gewähltes Mitglied des Aufsichtsrates vor Ablauf seiner Amtszeit aus dem Aufsichtsrat aus, so ist in der nächsten Hauptversammlung ein neues Aufsichtsratsmitglied für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes zu wählen.
- (4) Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind berechtigt, durch Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates jederzeit, auch ohne wichtigen Grund, ihr Amt mit dreimonatiger Frist zu kündigen.

§ 12

Im Anschluss an eine Hauptversamm-

lung, in der alle von der Hauptversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder neu gewählt worden sind, findet eine Aufsichtsratssitzung statt, zu der es einer besonderen Einladung nicht bedarf. In dieser Sitzung wählt der Aufsichtsrat für die Dauer seiner Amtszeit unter dem Vorsitz des an Lebensjahren ältesten Aufsichtsratsmitgliedes aus seiner Mitte den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und einen oder mehrere Stellvertreter. Erledigt sich eines dieser Ämter während der Amtszeit des Aufsichtsrates, so ist alsbald eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 13

- (1) Der Aufsichtsrat setzt im Rahmen von Gesetz und Satzung seine Geschäftsordnung selbst fest. Die Geschäftsordnung enthält Vorschriften über die Sitzungen des Aufsichtsrates, deren Einberufung und die Beschlussfassung.
- (2) Erklärungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse werden namens des Aufsichtsrates von seinem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter abgegeben.

§ 14

[Leer]

§ 15

[Leer]

§ 16

[Leer]

§ 17

- (1) Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für jedes volle Geschäftsjahr ihrer Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat eine Vergütung mit einem festen und einem variablen Anteil. Der feste Anteil beträgt für jedes Mitglied 6.000 €, für den stellvertretenden Vorsitzenden 9.000 €, für den Vor-

sitzenden 12.000 €. Die variable Vergütung für den gesamten Aufsichtsrat beträgt je 2.000 € für jedes volle Prozent Ausschüttung auf das Stammkapital, das über 6% hinausgeht und wird anteilig zur festen Vergütung auf die Mitglieder verteilt.

- (2) Bei nur zeitweiser Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat während eines Geschäftsjahres vermindert sich die Festvergütung - und damit auch die Bezugsgröße für eine mögliche variable Vergütung - entsprechend. Die Festvergütung ist zum Ablauf eines Geschäftsjahres, die variable Vergütung nach der Aufsichtsratssitzung, welche den Jahresabschluss feststellt, zahlbar.
- (3) Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern deren bare Auslagen. Die Umsatzsteuer wird von der Gesellschaft erstattet, soweit die Mitglieder des Aufsichtsrates berechtigt sind, die Umsatzsteuer gesondert in Rechnung zu stellen und dieses Recht ausüben.

IV. Hauptversammlung

§ 18

- (1) Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder in einer deutschen Großstadt mit mehr als 200.000 Einwohnern statt.
- (2) Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand oder in den gesetzlich vorgesehenen Fällen durch den Aufsichtsrat einberufen.
- (3) Für die Einberufung der Hauptversammlung gelten die gesetzlichen Vorschriften.
- (4) Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht

Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres statt. Zu den Gegenständen der Tagesordnung gehören insbesondere:

a) Vorlage und Erläuterung des geprüften Jahresabschlusses, des Lageberichts, des Berichts des Aufsichtsrats und des Vorschlags des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns;

b) Vorlage des geprüften Konzernabschlusses, des Konzernlageberichts und des Berichts des Aufsichtsrats hierüber;

c) Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses, sofern die Hauptversammlung hierüber zu entscheiden hat;

d) Beschlussfassung über die Gewinnverwendung;

e) Beschlussfassung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat;

f) Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern;

g) Wahl des Abschlussprüfers.

§ 19

(1) Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, deren Anmeldung und Berechtigungsnachweis der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse in Textform (126b BGB) mindestens 6 Tage vor der Hauptversammlung (Anmeldefrist) zugehen.

(2) Der Berechtigungsnachweis hat in Form eines in deutscher oder eng-

lischer Sprache in Textform erstellten besonderen Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depotführende Kreditinstitut, einen deutschen Notar oder eine Wertpapier-sammelbank zu erfolgen. Der Berechtigungsnachweis hat sich auf den Beginn des einundzwanzigsten Tages vor der Hauptversammlung zu beziehen.

(3) Im Verhältnis zur Gesellschaft gilt für die Teilnahme an der Hauptversammlung und die Ausübung des Stimmrechts als Aktionär nur, wer den Berechtigungsnachweis ordnungsgemäß erbracht hat.

(4) Das Stimmrecht kann auch durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden. Außerhalb des Anwendungsbereichs des § 135 AktG bedürfen die Erteilung der Vollmacht, ihr Widerruf und der Nachweis der Bevollmächtigung gegenüber der Gesellschaft der Textform (§ 126b BGB). Bevollmächtigt der Aktionär mehr als eine Person, so kann die Gesellschaft eine oder mehrere von diesen zurückweisen.

(5) Weitere Einzelheiten der Anmeldung und der Führung des Berechtigungsnachweises sowie der Bevollmächtigung kann der Vorstand bei der Einberufung der Hauptversammlung bekannt machen. Dabei kann der Vorstand auch eine Verkürzung der in Abs. 1 genannten Frist vorsehen.

§ 20

(1) In der Hauptversammlung gewährt jede Stückaktie eine Stimme.

(2) Das Stimmrecht beginnt mit der vollständigen Leistung der Einlage.

§ 21

- (1) In der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein Stellvertreter, bei deren Verhinderung ein durch die anwesenden Aufsichtsratsmitglieder zu bezeichnendes sonstiges Mitglied des Aufsichtsrates den Vorsitz. Wird kein solches bezeichnet, so wählt die Versammlung den Vorsitzenden. Die Art der Abstimmung und die Reihenfolge in der Erledigung der Tagesordnung bestimmt der Vorsitzende.

Der Vorsitzende ist ferner ermächtigt, das Frage- und Rederecht von Aktionären zeitlich angemessen zu beschränken.

Soweit dies für eine ordnungsgemäße Durchführung der Hauptversammlung in einem angemessenen Zeitrahmen erforderlich ist, kann der Versammlungsleiter insbesondere zu Beginn der Hauptversammlung oder während ihres Verlaufs einen zeitlich angemessenen Rahmen für den gesamten Verlauf der Hauptversammlung, einzelne Punkte der Tagesordnung oder für den einzelnen Redner setzen sowie insbesondere auch den Schluss der Debatte anordnen.

- (2) Der Versammlungsleiter ist ermächtigt vorzusehen, die vollständige oder teilweise Bild- und Tonübertragung der Versammlung in einer näher von ihm zu bestimmenden Weise zuzulassen.
- (3) Die Gesellschaft ist berechtigt, den Aktionären mit deren Zustimmung Informationen über die Gesellschaft, insbesondere im Zusammenhang mit der Hauptversammlung im Wege der Datenfernübertragung zu übermitteln.

Die Übermittlung von Mitteilungen an Kreditinstitute nach § 128 Ab-

satz 1 des Aktiengesetzes erfolgt ausschließlich in elektronischer Form.

§ 22

- (1) Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben.
- (2) Zu Änderungen der Satzung, die lediglich die Fassung betreffen, ist der Aufsichtsrat ermächtigt.

V. Jahresabschluss und Gewinnverteilung

§ 23

- (1) In den ersten drei Monaten eines jeden Geschäftsjahres hat der Vorstand für das vergangene Geschäftsjahr die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabschluss) sowie den Geschäftsbericht aufzustellen und den Abschlussprüfern einzureichen. Diese Unterlagen sind unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes mit diesem sowie mit dem Vorschlag für den Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinnes dem Aufsichtsrat zuzuleiten.

§ 24

- (1) Die Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanz-

gewinns. Sie ist hierbei an den festgestellten Jahresabschluss gebunden. Sie kann auch Sachauschüttungen beschließen.

- (2) Die Hauptversammlung kann in dem Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen. Sie kann ferner auch eine andere Verwendung als nach Satz 1 oder als die Verteilung unter die Aktionäre beschließen.
- (3) Die Anteile der Aktionäre am Gewinn bestimmen sich nach ihrer Beteiligung am Grundkapital.

Ich bescheinige hiermit, dass die geänderten Bestimmungen des vorstehenden Gesellschaftsvertrages der Firma Joh. Friedrich Behrens Aktiengesellschaft mit dem Beschluss über die Vertragsänderungen vom 20.08.2015 - UR.-Nr.: 232/2015 des Notars Thomas Elvers, Ahrensburg, und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Handelsregister eingereichten Wortlaut des Gesellschaftsvertrages übereinstimmen.

Ahrensburg, den 20. August 2015

gez. Elvers
Notar

Ich beglaube hiermit die Übereinstimmung des mir im Original vorliegenden Dokumentes in Papierform mit den in dieser Datei enthaltenen Bilddaten.

Ahrensburg, den 04.12.2015

Thomas Elvers, Notar